



## Zeitungsartikel Lösungsblatt

### Gruppe 2

Lest die Titelseite der Presse vom 22.8.1968, [www.didactics.eu/fileadmin/pdf/Presse\\_22.8..pdf](http://www.didactics.eu/fileadmin/pdf/Presse_22.8..pdf) (Zugriff am 10. September 2015), und beantwortet folgende Fragen:

- Welche verschiedenen Aspekte des Themas Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen werden angeschnitten?
- Warum wird die Stellungnahme des rumänischen Staats- und Parteichefs Ceausescu besonders hervorgehoben?
- Wie unterscheidet sich die albanische Stellungnahme von jener Rumäniens oder Jugoslawiens?

- Der Einmarsch der Truppen der UdSSR, Polens, der DDR (Sowjetzone), Bulgariens und Ungarns sowie der Verhaftung und der Abtransport führender Politiker des Prager Frühlings. (Sowjetpanzer, Leitartikel)

Das Hilfsansuchen tschechoslowakischer Politiker als Begründung für den Einmarsch. (Sowjetpanzer, Leitartikel) Der Protest des in Belgrad weilenden Außenministers der CSSR Jiri Hajek gegen den Einmarsch und die Feststellung, dass es kein offizielles Hilfsansuchen gegeben habe. (Sowjetpanzer)

Dass es in der Folge der Sowjetunion nicht gelang, eine willfährige tschechoslowakische Regierung (Marionettenregierung) zu präsentieren. (Sowjetpanzer, Leitartikel)

Der Einmarsch erfolgte laut Radio Prag ohne Wissen des Präsidenten und des Ersten Sekretärs des ZK der KPC (Alexander Dubcek). Im Gegenzug wurde die Bevölkerung aufgefordert, Ruhe zu bewahren und keinen Widerstand zu leisten. Vereinzelt kommt es aber doch in Prag, Pressburg (Bratislava) sowie Kaschau (Kosice) zu Widerstandshandlungen und es gibt mindestens 7 Tote. (Sowjetpanzer)

Die Reaktion der Partei ist die Einberufung einer Sitzung des Plenums des ZK der KPC, bei der aber die von den Sowjets internierten führenden Politiker fehlen werden. (Sowjetpanzer)

Die Reaktionen des Staatspräsidenten und Parteichef Rumäniens Nicolae Ceausescu, der gegen den Einmarsch protestiert und den Frieden gefährdet sieht. Ebenso wendet sich der jugoslawische Staatschef Josip Broz Tito gegen den Einmarsch und die Verletzung der Souveränität eines Staates. (Sowjetpanzer)

In den USA forderte Präsident Lyndon B. Johnson den Rückzug der Truppen, es wurde der Sicherheitsrat einberufen und im Anschluss daran gab es ein Gespräch des Außenministers mit dem sowjetischen Botschafter. Es gab keine offizielle Stellungnahme. Der für Krisensituationen eingerichtete „heiße Draht“ zwischen den USA und der UdSSR wurde nicht benutzt. Die USA haben mit vier weiteren Staaten eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates beantragt. Die USA handeln gemäß ihrer Politik der Nichteinmischung in die Einflussphäre der Sowjetunion. Einzelne Senatoren, Abgeordnete Gouverneure der demokratischen Partei verurteilten den Einmarsch, Senator Morse sprach von einer Vergewaltigung eines osteuropäischen Landes durch die Sowjets die augenblicklich vor die UNO gebracht werden sollte. Er zieht Parallelen zu den Ereignissen in Ungarn (1956). (Sowjetpanzer)

UNO Generalsekretär U Thant der in dieser Woche nach Wien bzw. Prag kommen sollte, sagte seine Besuche ab und appellierte an Moskau in ihren Beziehungen mit der Regierung und dem Volk der Tschechoslowakei Zurückhaltung zu üben, Der österreichische Außenminister Kurt Waldheim zeigte Verständnis für die Absage von U Thant. (Sowjetpanzer)

In Österreich gab Bundeskanzler Josef Klaus am Morgen eine Rundfunckerklärung ab, die die Neutralitäts- und Unabhängigkeitspolitik Österreichs betonte, mit der das Land das Vertrauen der Signatarstaaten des Staatsvertrages und der Nachbarstaaten gewonnen habe. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die Republik die Ereignisse in der CSSR verfolge und das Schicksal der Nachbarvölker Österreich nicht gleichgültig sei.

In einem Sonderministerrat berichteten dann Außen-, Innen- sowie Verteidigungsminister über die eingeleiteten Maßnahmen. Mit der SPÖ kam BK Klaus überein, den Landesverteidigungsrat einzuberufen. Dem sowjetischen Botschafter erklärte BK Josef Klaus, dass Österreich Flüchtlingen Asyl gewähren werde und forderte von der Sowjetunion die ungehinderte Rückkehr von Österreicherinnen und Österreichern aus der CSSR. (Sonderministerrat). In einem Kommentar wurde die unverbindliche, diplomatisch gewundene Stellungnahme der Bundesregierung und des Bundeskanzlers kritisiert. (Unverbindlich) Als Reaktion auf den Einmarsch erging der Befehl die Einsatztruppen marschbereit zu halten. In der Folge wurden die nördlich der Donau gelegenen Garnisonen verstärkt. Sie werden aber eine definierte Grenzzone nicht überschreiten und z.T. Feldlager beziehen. (Bundesheer) Es wird auch darauf verwiesen, dass die „Himmelschild“ Manöver der Sowjettruppen sowie das gemeinsam mit mit polnischen und DDR Einheiten durchgeführte Manöver, bereits den Aufmarsch für den 21. August bedeutete.

- Die Stellungnahme von Nicolae Ceausescu wird betont, weil er die Konterrevolution als Begründung für den Einmarsch in Abrede stellt und befürchtet, dass dies das nächste Mal auch gegen Rumänien verwendet werden könnte. Er stellt fest, dass sich das rumänische Volk dagegen wehren werde. Die Invasion ist ein Fehler, die den Frieden gefährde.

- In der albanischen Stellungnahme wird die Invasion als imperialistische Aggression verurteilt, gleichzeitig spricht Albanien von der revisionistischen Führung der CSSR, die ständig den Weg des Verrats beschreitet, betont aber auch, dass diese dazu aufgerufen habe, keinen Widerstand zu leisten. Rumänien verurteilt das Eingreifen der Warschauer Pakt-Truppen in die CSSR und wendet sich gegen das Argument der Konterrevolution und sieht eine Gefährdung des Friedens. Jugoslawien verurteilt die Invasion und spricht von einer Verletzung der Souveränität dem Fortschritt der Welt sei ein schwerer Schlag versetzt worden